Alter und neuer "Feind" : vom Interesse an einer "Staatsschutzkrise"

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **10 (1990)**

Heft 19

PDF erstellt am: **12.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651987

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

stem, wie es ihrer Ansicht nach sein müsste. Das trifft natürlich eine Nation besonders hart, die sich durch einen gemeinsamen politischen Willen – als "Willensnation" – legitimiert.

2) Der "Tages-Anzeiger" (12.4.90) berichtete, Gut habe in den Anfängen seiner Luzerner Regierungszeit "recht Schwierigkeiten mit Leuten aus dem linken Lager gezeigt" und "eine Institution wie der VPOD sei ihm so suspekt gewesen wie eine im Konkubinat lebende Pädagogin. Kritische Lehrerinnen und Lehrer hätten auch nur schwer Einsitz in Kommissionen nehmen können". Immerhin habe die politische Erfahrung ihn gelehrt, dass seine bildungspolitischen Ideen am treuesten von SP und POCH unterstützt wurden.

3) S. einige Überlegungen bei Jakob Tanner: Staatsschutz im Kalten Krieg. In: Schnüffelstaat Schweiz. Zürich 1990, S. 36 ff.

4) S. auch Herman Greulich, in: Schnüffelstaat Schweiz. Zürich 1990, S. 16.

KGI

Alter und neuer "Feind"

Vom Interesse an einer "Staatsschutzkrise"

Als wir 1987 in einem Beitrag für 'Widerspruch' (1) den Staatsschutz als Aufstandsbekämpfung und diese als 'präventive Konterrevolution' im Konzept der Schweizer Sicherheitspolitik bezeichneten, machten wir Einschätzungen, die sich heute, für viele in unerwartetem Ausmass, als zutreffend erweisen. Da grosse Teile der Linken objektiver Teil des Systems und am herrschenden relativen sozialen Frieden interessiert sind, ist für sie ein revolutionärer Prozess undenkbar geworden, was zur 'Unterschätzung' der Intensität und Breitenwirkung des Staatsschutzes geführt hat. Dementsprechend haben sich Linke und darüberhinaus breite Teile der Bevölkerung natürlich nicht vorstellen können, was Aufstandsbekämpfung mit ihnen und der Situation in der Schweiz zu tun hat. Heute stellt sich die Frage: Kann die sog. 'Staatsschutzkrise' an dieser grundsätzlichen Situation etwas ändern?

Tatsache ist, dass die Herrschenden hier nach wie vor davon ausgehen, dass 'der Prozess der Revolutionierung Europas unter bestimmten Bedingungen eingeleitet werden kann' (Herold).

Tatsache ist, dass der Staatsschutz, aber auch die politischen Repräsentanten des Staates (ein wenig) in die Klemme geraten sind. Die einen haben *teils* dilettantisch ihre Schnüffelarbeit ausgeführt und dabei *auch staatstreue* BürgerInnen und ParlamentarierInnen ins Visier genommen. Die anderen, das politische Management der Bourgeoisie, waren der Dynamik der "Enthüllungen" nicht mehr gewachsen, verfingen sich in "widersprüchlichen Aussagen" und verwalteten dabei den "Skandal" äusserst schlecht. Wer hat sich nicht über den erzwungenen Abgang von Bundesrätin Kopp, Bundesanwalt Gerber und seines Lakaien Huber, Chef der Bundespolizei, gefreut? Es ist in dieser Atmosphäre verständlich – und entspringt einer gewissen Mobilisierungslogik –, dem allseits verhassten Staatsschutz an den Karren fahren zu wollen. So erklärte in einer Grossratsdebatte ein POB-Mitglied, die Staats-

schützer seien "staatsgefährdend" und deshalb sei eine "radikale Demokratisierung" der Polizei dringend notwendig. Auch das breitabgestützte Komitee gegen den "Schnüffelstaat" zielt mit seiner Initiative SOS (Schweiz ohne Schnüffelpolizei) auf die Abschaffung der "politischen Polizei" ab. Für die Bekämpfung von gewöhnlichen Verbrechen, Wirtschaftskriminalität, "Terrorismus" usf. reicht, so die Unterscheidung aus der Juristen-Küche, die "gerichts-polizeiliche Polizei" vollumfänglich aus.

Mit dem Begriff *"Staatskrise"* versuchen also vor allem reformistische Kräfte, die innenpolitische Situation in der Schweiz zu erfassen. Was war geschehen? Über den Ausgangspunkt der sogenannten "Affäre Kopp" hinaus war es das Schwinden der Glaubwürdigkeit des bürgerlichen Machtanspruchs im Volk; das von den Herrschenden sorgsam gepflegte gemeinsame "Boot", "unsere staatliche Gemeinschaft", bekam grosse Risse: die Machenschaften und Verflechtungen des kapitalistischen Klassenstaats mit der herrschenden Bourgeoisie wurden sichtbar.

Die grundsätzliche Kontrolle über den Staatsschutz ist jedoch zu keinem Zeitpunkt den Herrschenden in diesem Staat entglitten. Skandale hat es im und um den Staatsschutz schon immer gegeben – entsprechende Anfragen, Interpellationen sind also nicht neu. Der Vorgänger von Bundesrat Friedrich im EJPD, Bundesrat Furgler hat dabei zahlreiche Male sich hinter die schon damals bekannte immense Schnüfflertätigkeit gestellt und klargestellt, dass der Bundesrat sich seiner Verantwortung voll bewusst sei und den Staatsschutz voll kontrolliere. Und die Sozialdemokraten, als staatstragende Partei, stimmten dem zu.

Es darf nicht vergessen werden, dass die SPS auch einen Bundesanwalt gestellt hat, und dass weit über 20 kantonale Polizei- und Justizdirektoren sozialdemokratischer Parteifärbung in den letzten Jahren schön brav die Weisungen der Bundesanwaltschaft ausgeführt haben. Im übrigen: Seit bald 50 Jahren sitzen die Sozialdemokraten im Bundesrat (mit Ausnahme von 1954-59). Die SPS hat also am ominösen Bundesratsbeschluss vom 12. Januar 1951, in welchem für den Kriegs- *und Krisenfall* die Internierung, Zwangsaufenthalte, polizeiliche Aufsicht, Bewachung und Meldepflicht von Extremisten vorgesehen wurde, mitgewirkt.

In den 30er Jahren sprachen die Zürcher Sozialdemokraten von den "Banditen in der kommunistischen Parteileitung", gegen deren "sinnlose und verbrecherische Putschpolitik energisch einzuschreiten" sei. Ihr Ex-Parteivorsitzender H. Hubacher präsidierte im Kanton Basel-Stadt jahrelang den dortigen Polizeibeamtenverband und hat sich in den 50er Jahren gegen "Extremisten" besonders hervorgetan: "Wer Mitglied der PdA bleibt, bleibt weiterhin Verräter, Spion, Agent..." etc. und: "ihnen gebührt Verachtung wie Mördern und Verbrechern" (Basler AZ vom 8.11.1956). Schade war für ihn nur, "dass auch dieses Gesindel von unserer Polizei geschützt" werde.... Und im BLICK (vom 4.5.1981 im Zusammenhang mit Demos), hielt er fest, dass "Polizei und Justiz hart durchgreifen" müsse – "Die Krawallideologen sind clever. Die Polizei muss sich intensiv um sie kümmern". 1990 dann trat Hubacher praktisch als Hauptredner an der Grossdemonstration in Bern ge-

gen den "Schnüffelstaat" auf...

*

Der Ablauf der staatlichen Reaktionen auf Prozesse sozialer und politischer und revolutionärer Bewegungen wirft immer auch auf den Charakter der herrschenden politischen Institutionen insgesamt ein Licht. Bürgerliche Traditionen, ideologische Grundeinstellungen und der Klassencharakter der Gesellschaft werden deutlich erkennbar. Wer die jeweilige politische Kultur eines Systems kennenlernen will, kann keinen besseren Indikator finden, als die Reaktion des Staates auf die revolutionäre Bewegung zu analysieren. So ist es kein Zufall, dass alle "Enthüllungen" der letzten Zeit in Sachen Staatsschutz für die revolutionäre Linke schon immer Bestandteil ihrer Analyse über diesen Staat waren (2).

Die Zeiten sind für diesen Staat nun notgedrungen gekommen, um die innere Sicherheitslage neu zu erfassen und daraus strategische Konsequenzen zu ziehen. Wir vertreten die *These,* dass in letzter Zeit in der Schweiz die Doktrin der Inneren Sicherheit deutlich an Priorität gewinnt, die Doktrin der Nationalen Sicherheit (siehe Anm. 1) aufgrund eines veränderten "Bedrohungsbildes" und in Anbetracht des Zusammenbruchs des "Staatssystems" in den osteuropäischen Ländern derzeit umdefiniert werden muss (3). So wird es für die Planungsstäbe der Staatsbürokratie naheliegend sein, die "Staatsschutzkrise" in ihrem Interesse zu nutzen. Diese Reformarbeit übernehmen heute wieder traditionsgemäss die Sozialdemokraten und die ihr nahestehenden Bündniskräfte.

In der Kritik am "Schnüffelstaat" operiert man immer wieder mit der Konstruktion des "Staats im Staat", womit parlamentarisch unkontrollierte Staatsbereiche gemeint sind, die eine "Staatskrise" verursacht hätten. Aber es gibt in Wirklichkeit keinen "Staat im Staat", sondern einen komplexen Zusammenhang von herrschender Klasse, bürgerlichem Staat und seinem Instrument Staatsschutz. Mit der Konstruktion von "Staat im Staat" wollen die Staatsschutz-Abschaffer vom wirklichen Widerspruch zwischen herrschender Klasse und ihrem Staat einerseits, den Unterdrückten und Ausgebeuteten anderseits ablenken und einen typischen 'Feigned Dissent', einen künstlichen Dissens, eine Scheinkontroverse setzen, nämlich zwischen Volk und Staatsschutz. Die BUPO schützt die Herrschenden und ihren Staat auf der Grundlage allgemeiner politischer Richtlinien, die von der Legislative und Exekutive ausgearbeitet werden mit Beteiligung der Sozialdemokraten. Geplant ist die Modernisierung des Staatsschutzes Richtung Aufstandsbekämpfung, wie sie in anderen europäischen Staaten betrieben wird (4). Ob die eine Fraktion für die Spionageabwehr, die Bekämpfung von Schwerkriminalität, Terrorismus und sog. politisch motivierten Gewalttaten eine politische Polizei vorsieht oder die andere Fraktion meint, dafür genügt die Kriminalpolizei, ist von sekundärer Bedeutung. Für beide geht es darum, den *inneren Feind neu* zu definieren (5), bzw. Strategien dagegen zu entwickeln und die veralteten Modelle über Bord zu werfen.

*

Um diese Aufgaben zu bewältigen, mussten Ineffizienz der Sicherheitsin-

stitutionen und die veraltete Denkweise der Staatsschutzbeamten überwunden werden. *Kern* der neuen Idee war und ist, dass die innere Sicherheit nicht nur die direkte Bekämpfung des Klassenfeindes umfasst, sondern immer auch ein sozial gestaltendes Element der gesamten Innenpolitik ist. "Damit dringt die Polizei auf breiter Front vom bisherigen Fahnden zum künftigen Forschen vor"(6), um es mal mit den Worten von BKA-Herold zu sagen. Ex-Justizminister Vogel (SPD) drückt die Doktrin noch prägnanter aus wenn er sagt: "Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist im Kern Gesellschaftspolitik." Der Inneren Sicherheit geht es nicht mehr nur darum, repressiv zu wirken, sondern darum, die soziale Wirklichkeit gemäss einem umfassenden Sicherheitskalkül planerisch zu gestalten. Somit leugnet die Innere Sicherheit nicht, dass die neuen Kampfformen objektiv aus dem System entstandene Ursachen haben. Folgerichtig werden auch weniger die Wahlprozente der reformistischen und revisionistischen Parteien als Grundlage für Gefahrenanalysen der Herrschenden genommen.

Auch die Frage der sog. Gewalt ist für diese Analyse nur insoweit relevant, als sie von Revolutionären Gruppen ausgeübt wird, weil eigentlich die Ziele der Revolutionären Gruppen interessieren und die Gewaltfrage nur als Vehikel zur Kriminalisierung gebraucht wird. Unter anderem werden folgende allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen als Sicherheitsrisiko eingestuft (Originalton aus BRD-Sicherheitskreisen): die wachsende Bereitschaft in der Bevölkerung, für ihre Interessen mittels direkter Aktionen selbst einzutreten; eine wachsende Gefahr des Übergreifens der Unruhe bewusster Kräfte bzw. Bewegungen auf andere Klassenteile, insbesondere angesichts einer anhaltenden ökonomischen Krise; das Auftreten differenzierter kommunistischer und anderer revolutionärer Positionen, die nicht mehr von bestimmten Machtzentren abhängig sind. Diese Gefahrenanalyse hat natürlich nichts mehr mit "Delikten" zu tun, wie uns das einige "radikale Demokraten" klarmachen wollen.

Diese arbeiten dem Interesse der Bourgeoisie objektiv genau dort in die Hände, wo sie seit zwanzig Jahren einen Hauptschwerpunkt gesetzt hat: in der *Entpolitisierung* der revolutionären Praxis. Aus dem *politisch*-polizeilichen Konflikt soll ein *normal*-polizeiliches "Problem" gemacht werden; und dies mit einer Volksinitiative, in der ein für kurze Zeit aufbrausender Volkszorn in staatlich geschützte "direktdemokratische" Bahnen gelenkt wird. Wissen denn die "Fichen-Fritzen" nicht, dass die Alltagsarbeit der politischen Polizei schon immer von ganz "normalen" Kantons- und Stadtpolizeien geleistet wurde, unterstützt von ganz normalen Postbeamten (Telefon- und Postüberwachung), von "normalen" staatlichen und privaten "Sicherheits"-diensten, normalen "Kriminellen" als V-Leuten und normalen Bürgerinnen und Bürgern als selbsternannten "Schnüfflern"? Und was ist mit der ganz normalen Polizei, die mit Gewalt Asylanten ausschafft, am Zürcher Platzspitz gegen die KonsumentInnen statt gegen Grossdealer ihren Terror loslässt, an Demonstrationen Botschaften und Diplomaten von diktatorischen Regimes schützt und mit Gummigeschossen auf Demonstranten schiesst, Einschüchterungskampagnen gegen Militante organisiert? Dieser

reformistische Kurs wird den Staatsschützern dienlich sein, die bestehenden Ansätze von revolutionärem Widerstand mittels Kriminalisierung und psychologischen Kampfbegriffen (Terrorismus, Fanatismus etc.) ausserhalb des Bereichs der Politik überhaupt zu stellen. Die sich abzeichnende Modernisierung, sprich Perfektionierung des Staatsschutzes, wird ihr Ziel nicht aufgeben, in der Aufstandsbekämpfung die Massenloyalität zum herrschenden Rechts- und Gesellschaftssystem zu sichern. "Die Strategen des Feigned Dissent lachen sich ins Fäustchen, dass die Linke ihnen so wirksam einen Teil der Zustimmungsarbeit abnimmt"(7).

Anmerkungen

1) S. KGI: Aufstandsbekämpfung als präventive Konterrevolution. Bedrohungsbilder und Sicherheitsdoktrin in der Schweiz, in: Widerspruch H. 14/87, Normalität, Ausgrenzung und Widerstand, 2. Aufl. s. auch: Subversion No 11, 1987, S. 66ff, Pf. 853, 8052 Zürich
2) S. die Broschüre: Die bessere Kenntnis der Situation schafft die bessere Möglichkeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen. 413 S, 1989, 2. Aufl. Pf. 853, 8025 Zürich
3) Vgl. NZZ v. 22.3.90: Fragen zu einer neuen Sicherheitspolitik. Kein strategisches Glasperlenspiel.
4) Vgl. z.B. FAZ v. 28.3.90: Für ein europäisches Polizeikonzept. Man brauche ein "europäisches Sicherheitskonzept", das vor allem "polizeipraktische Wirkung" entfalte. Etc.
5) Vgl. K.R. Spillmann: Für eine ganzheitliche Sicherheitspolitik. NZZ v. 23.4.90. "'Neuer Feind' Nummer eins ist die Bevölkerungsexplosion. ... Sie akzentuiert das Nord-Süd-Gefälle und erzeugt *zunehmenden Wanderungsdruck* nach den 'reichen' industrialisierten Ländern ..."
6) S. Arbeitstagung des BKA, Polizei und Prävention, 1975.
7) S. R.Binswanger: Engineering of Consent, in: Widerspruch Heft 8/1984, Formierung nach rechts – Macht und Dissens. 2. Aufl. S. 59.

Z-Reihe: Politlandschaft Schweiz

Arnold Künzli

Rettet die Freiheit – vor ihren Beschützern!

«Wie schützt man die Menschenrechte vor denen, die sie proklamieren? Wie verhindert man, dass mit Menschenrechten Interessenpolitik gemacht und diese als Menschenrechtspolitik deklariert wird?»

ISBN 3-85990-093-5 / Fr. 35.– / DM 40.–

Bestellungen an Ihre Buchhandlung
oder an BUCH 2000, Postfach, CH-8912 Obfelden

DAS BUCH ZUM THEMA IM

Z VERLAG